

Arbeitsforschung auf neuen Wegen

Gudrun Trautwein-Kalms
Dieter Sauer

Der aktuelle politische Streit um die Entwicklung von Arbeit und ihre künftige Gestaltung wird überwiegend in ihrer quantitativen Dimension mit dem Ziel der Kostenreduktion (Arbeitslosigkeit, Renten, Gesundheit) geführt, die alle Probleme lösen soll. Die zum Teil radikalen Umbrüche in der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit und damit der strukturelle Wandel von Arbeit geraten an den Rand der Aufmerksamkeit. Der Zusammenhang zwischen Ursachen und Folgen wird öffentlich nicht mehr ernsthaft diskutiert. Arbeitspolitik und Arbeitsforschung ist es in den vergangenen Jahren kaum gelungen, sich in den Prozess der qualitativen Veränderungen von Arbeit einzuschalten und Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit guter Arbeit vorzunehmen. Die politische Sensibilität ist dafür offenbar noch nicht (oder nicht mehr) genug entwickelt.

Allerdings beruht die recht geringe Aufmerksamkeit, die die Entwicklung von Arbeit mit ihren möglichen Folgen gegenwärtig erhält, auch auf einem objektiven Problem, das mit dem spezifischen Charakter der aktuellen Veränderungsprozesse zu tun hat: Der sich real vollziehende Strukturwandel von Arbeit entfaltet eine vielgestaltige und uneinheitliche Dynamik, für deren Erkenntnis und Durchdringung die Forschung möglicherweise noch nicht gerüstet ist, zumal Einsparungen in Instituten und Universitäten auch Möglichkeiten und Qualität der Arbeitsforschung begrenzen. Umso wichtiger sind neue Ansätze, die in der Arbeitsforschung mittlerweile zu beobachten sind. Dazu gehört etwa das BMBF-Forschungsprogramm „Innovative Arbeitsgestaltung“ von 2001, aber auch eine Reihe weiterer Programme und Projektverbünde, die sich die Aufgabe gestellt haben, neue Ansätze der Arbeitsforschung zu entwickeln, die den realen Veränderungen in der Arbeit gerecht werden. Die Anstrengungen müssen jedoch verstärkt werden und: Sie müssen in die Unternehmen und in die Öffentlichkeit vermittelt werden.

Mit diesem Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen wollen wir uns an der Diskussion um zukunftsfähige Arbeit und Arbeitsbedingungen beteiligen und sie weiterreiben: es geht nicht allein um differenzierte Analysen von Entwicklungstrends, sondern auch darum, Befunde, Bewertungen und auch Empfehlungen anzubieten als Voraussetzung für gesellschaftspolitische Entscheidungen und Interventionen, in denen eine Förderung oder Korrektur von Entwicklungstendenzen von Arbeit angestrebt wird. Die Beiträge in diesem Heft praktizieren deshalb eine veränderte Sichtweise auf den Forschungsgegenstand Arbeit und/oder nehmen bisher unzureichend bearbeitete Problematiken auf. Dabei handelt es sich bei den ersten drei Beiträgen um stärker konzeptionell ausgerichtete Ausführungen, die aus unterschiedlicher Sicht Selbstverständnis, Theorieentwicklung und Methoden von Arbeitsforschung kritisch fokussieren und für einen erneuten Aufbruch plädieren: Moldaschl erweitert unseren Blick über die einzelnen Disziplinen hinaus auf die gemeinsame Aufgabe, die

Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern und zeigt, wie sich die Forschung dafür rüsten sollte. Kratzer/Sauer arbeiten vor dem Hintergrund zentraler, aber brüchig gewordener Paradigmen in der Arbeitsforschung nicht nur neue Ansätze heraus, sondern entwickeln auch Orientierungspunkte für die weitere Arbeitspolitik und -forschung. Kurz-Scherf u.a. decken systematische Blindheiten (male bias) auch in der neueren Arbeitsforschung auf; überprüfen die Ansprüche feministischer Arbeitsforschung und skizzieren erste Überlegungen zu einem weiterführenden Konzept der Soziabilität.

Die folgenden Beiträge greifen mit der Frage arbeitsbedingter Krankheitskosten (Röttger u.a.) und Arbeitsgestaltung für (ältere) Arbeitnehmer (Jürgenhake u.a.) zentrale gesellschaftliche Problemstellungen auf, die in der aktuellen „Reformdebatte“ kaum adäquat bearbeitet werden. Demgegenüber zeigen diese beiden Beiträge – die zugleich die Aktualität so genannter traditioneller (körperlicher) Belastungen und Modernität „altindustrieller“ Branchen dokumentieren und damit auf die Gleichzeitigkeit von bekannten und neuen Arbeitsproblemen verweisen – nachhaltige Lösungen auf: Systematische Präventionspolitik (und das heißt auch gute Arbeitsbedingungen) kann ebenso die Entstehung von arbeitsbedingten Krankheitskosten verhindern, wie zukunftsorientierte Unternehmenspolitik gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaft auch älteren Mitarbeitern Weiterarbeit unter angemessenen Arbeitsbedingungen ermöglichen kann.

Auf die Unzulänglichkeit aktueller Reformpolitik verweist auch der Beitrag von Mayer-Ahuja, wenn sie im Rückblick auf 25 Jahre Arbeit von Reinigungskräften bilanziert, dass die positiven Wirkungen, die der Ausweitung eines Niedriglohnssektors angeblich zu eigen seien, sich nicht nachweisen lassen. Aber auch hochqualifizierte Tätigkeiten sind in Zeiten der Globalisierung kein Selbstläufer mehr für sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen, wie die beschleunigte Mobilität von Kapital und Arbeit bei den IT-Dienstleistungen (Rohde) zeigt. Der Gewerkschafter – in ähnliche Richtung geht der Beitrag von Pickshaus zur Initiative der IG Metall „Gute Arbeit“ – plädiert aus internationaler arbeitspolitischer Sicht für mehr Arbeitsforschung, die neue Entwicklungen rechtzeitig untersucht, um gewerkschaftliche Politik besser fundieren zu können. Dieser Argumentation schließt sich der Beitrag von Trautwein-Kalms über staatlich geförderte Forschung zu Arbeit an: Zukunftsfähige und nachhaltige Arbeitspolitik ist ohne zukunftsfähige und engagierte Arbeitsforschung nicht machbar.

Gudrun Trautwein-Kalms, Dr., arbeitet im WSI in der Hans Böckler Stiftung

Dieter Sauer, Prof. Dr., arbeitet im ISF München